

# Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigenblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Ertragssteuer. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Pf. Alles weitere über Rabatte usw. laut ausliegenden Tarif. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Für Fehler in durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Jeder Anspruch auf Nachzahlung schließt die Klage ob Konkurs.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Behörde zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radeberg.  
Hauptredaktion: Georg Köhle, Ottendorf-Okrilla — Vertreter: Hermann Köhle, Ottendorf-Okrilla — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hermann Köhle, Ottendorf-Okrilla  
Postfachkonto: Leipzig 29148. Druck und Verlag: Hermann Köhle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: Ottendorf-Okrilla 128.

Nummer 137

Preis: 2 Pf.

Freitag, den 23. November 1934

DL 10.34.412

33. Jahrgang

## Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 22. November 1934.

Zur Eintopfspende am nächsten Sonntag, dem 2. Dezember gilt die Losung: wenigstens einen Groschen mehr! Volksgenossen, wer nicht einfacher lebt, als an anderen Sonntagen, und wer das nicht gern opfert, was er so spart, der schließt sich selbst aus der Volksgemeinschaft aus.

## Der Führer in Dresden

Der Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg weiß bekanntlich seit einigen Wochen in Dresden in einem Sanatorium zur Kur. Der Führer und Reichsführer Adolf Hitler stattete ihm am Mittwoch, von München kommend, im Sanatorium einen Besuch ab.

Dresden. Lebensretter ausgezeichnet. Der Führer und Reichsführer hat mit Erlaß vom 13. November 1934 verliehen: die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr u. a. dem Buchhalter Rudolf Müller in Dresden.

Kamen. Die Bahnstrecke Schwepnitz — Straßgraben — Bernsdorf ist jetzt nach einhalbjähriger Bauzeit fertiggestellt worden. Zu dem Bau der acht Kilometer langen Bahnstrecke war am 12. Juni 1933 der erste Spatenstich ausgeführt worden. Es wurden rund 20 000 Tagewerke geleistet; durchschnittlich waren etwa 800 Arbeiter beschäftigt, die rund 200 000 Kubikmeter Erdmassen bewegten. In die Bahnstrecke sind elf größere Brücken, acht Weisenbergänge und ein Bahnhof, die Haltestelle Großgraben, eingebaute worden. Durch die neue Bahnlinie, die von Dresden aus über Klopitz die Verbindung nach Senftenberg, Hoyerswerda, Spremberg und Berlin herstellt, mußte der Bahnhof Bernsdorf als wichtiger Knotenpunkt um- und ausgebaut werden; hier sind jetzt noch Bauarbeiten im Gange, die der vermehrten Verkehrsbetätigung Rechnung tragen sollen.

Bauhen. Einen lobenswerten Beschluß faßten die Gemeindevorordneten des Industriortes Bauhen; sie beschloßen, auf ihre Außenbesitzschadungen zugunsten verletzter Kinder zu verzichten; dadurch werden 64 wirklich gefährliche Schutzkinder zweimal wöchentlich ein Milchschüssel erhalten.

Freiberg. Zweimal Großfeuer. Im Haus Kirchstraße 4 war am 18. November ein Brand ausgebrochen, der sich beim Eintreffen der Wehren bereits auf die Grundstücke Burgstraße 46 und 48 ausgebreitet hatte. Den angestrengten Bemühungen der Wehren gelang es, den Brand nach etwa dreistündiger Tätigkeit niederzukämpfen. — Die Holzwarenfabrik von Wilmann & Heinze in Ruda wurde von einem Großfeuer heimgesucht, das im Kesselhaus ausgebrochen und auf das Maschinenhaus und das angrenzende Lagerhaus übergesprungen war. An den Vorkämpfen beteiligten sich die Wehren von Ruda, Weihenborn und Freiberg. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein; der Betrieb erleidet keine Unterbrechung.

Leipzig. Auch im Oktober 1500 weniger. Das Arbeitsamt teilt mit: Seit der Regierungsübernahme durch den Nationalsozialismus sind nunmehr 61 000 oder beinahe 40 v. H. der erwerbslosen Volksgenossen wieder in Arbeit und Brot gebracht; seit Jahresbeginn ist die Arbeitslosigkeit um 31 500 gesunken. Die Belebung der Wirtschaft, gefördert durch die verschiedenen großen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Reichsregierung, machte auch im Oktober weitere Fortschritte; gerade die freie Wirtschaft zeigte sich erneut aufnahmefähig. An Rotstandsarbeitern wurden zuletzt bei den verschiedenen Arbeiten rund 2000 gezählt, an Erdarbeitern bei der Reichsautobahn und den Reichswasserstraßen rund 750. Die Zahl der in der Arbeitslosenunterstützung und Arsenfürsorge Betreten sank um 300, die der anerkannten Wohlfahrterwerbslosen um rund 1800.

Leipzig. Zeigner in Untersuchungshaft. Die unheimliche Größe der weggefallenen SPD, der ehemalige sächsische Ministerpräsident Zeigner, der als Justizminister wegen Beseitigung von Gerichtsakten und wegen Verschleppung zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, ist, wie die „MMA“ berichtet, aus politischen Gründen in Untersuchungshaft genommen worden.

Regis-Breitzingen. Eine heftige Kohlenstaub-Explosion ereignete sich im Ofenhaus der Breitzingen der Grube Regis. Durch den Luftdruck wurden zwanzig große eiserne Fenster herausgerissen; einige Belegschaftsmitglieder wurden unbedeutend verletzt. Die hellen Flammen, die aus den Schornsteinen herausloderten, waren weit sichtbar. Der durch die Explosion entstandene Brand konnte von der Berufsfeuerwehr der Deutschen Erdöl- & Gaswerke bekämpft werden. Der Betrieb erleidet nur eine unbedeutende Unterbrechung.

Meerane. 2000 RM Eintopfspende. Die Sammlung für das Eintopfgericht erbrachte nach vorläufiger Abschätzung nahezu 2000 RM.

Meerane. 50 Sabre Dienft am Weib. Knähtisch

des Korps des der Freiwilligen Feuerwehr konnte eine große Anzahl von Feuerwehrkameraden, die der Wehr 10, 20, 25, 30, 40 und 50 Jahre angehören, ausgezeichnet werden. Für 50jährige treue Dienste wurde dem Korpsadj. Hugo Frische und dem Adjutanten Oskar Körner neben einem Ehrenlohn das Feuerwehr-Berndienst-Ehrenkreuz verliehen und für 40jährige Dienstzeit dem Rohrführer Robert Keller eine silberne Plakette überreicht.

Chemnitz. Fast drei Millionen RM für Fließbauten. In einer Genossenschaftsversammlung der Mulde-Wasser-Genossenschaft wurde beschlossen, die vor einem halben Jahr festgelegte Bauumme für 1934 in Höhe von 1,1 Millionen RM auf 2,821 Millionen RM zu erhöhen. Die Genossenschaft hatte ursprünglich für 1934 nur den Bau der Ortswasserungs- und Kläranlagen von Siegmar-Schnau, Reustädt, Schneberg, Oberdiesma und Niederdiesma geplant. Die Notwendigkeit, auch zur Bereinigung der Zwickauer Mulde noch in diesem Jahr zu schreiten, machte die Erhöhung der Bauumme notwendig. Im ersten Halbjahr sind im Sächseatal etwa 350 Volksgenossen mit Beschäftigungsarbeiten beschäftigt worden; daneben habe die Genossenschaft noch mehrere größere Bauten vorgesehen, die, sobald die nötigen Mittel verfügbar sind, begonnen werden. Auch diese Arbeiten werden wesentlich dazu beitragen, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern.

Chemnitz. „Pleibenbach“. Das Sächsische Finanzministerium hat bestimmt, daß der die Gemeinden Langenberg, Reinsdorf, Pleißa, Rimbach, Rander, Röhrsdorf, Rabenstein und Chemnitz berührende Wasserlauf, der bisher Pleißabach, Pleißebach und Pleißendach genannt wurde, künftig ausschließlich den Namen „Pleibenbach“ zu führen hat.

Plauen. Fußballmannschaft verunglückt. In der starken Kurve bei Elsterberg verunglückte ein Kraftwagen, auf dem Mitglieder des Geraer Sportklubs Wacker nach Gera fuhren. Der Wagenlenker wurde durch einen entgegenkommenden Kraftwagen gebildet; der Kraftwagen fuhr gegen zwei Straßenbäume und der Wagen stürzte die Böschung hinunter. Von den sechzehn Mitfahrern erlitten zwei schwere Verletzungen und mehrere andere leichtere Verletzungen.

## Dauerstellungen für alte Kämpfer

(Spr.) Das Sächsische Gesamtministerium ordnet im neuesten Sächsischen Verwaltungsblatt eine schärfere Durchführung seiner Verordnung vom 18. August 1933 an, nach welcher bei Einstellung in den öffentlichen Dienst als Beamter, Angestellter oder Arbeiter, die nicht auf Grund gesetzlicher Anwartschaften erfolgen, grundsätzlich solchen geeigneten Bewerbern der Vorzug zu geben ist, die sich in den nationalen Wehrverbänden (SS, SA, SAK, St) im Kampf um die nationale Erhebung verdient gemacht haben. „Wenn derartige Vorkämpfer für die nationale Erhebung heute noch keinen festen Arbeitsplatz haben“, heißt es in der Verordnung, „so bedeutet dies nicht nur eine Verletzung der Dankeschuld an den Führer und seine Mitkämpfer sondern vor allem die Verletzung einer selbstverständlichen Pflicht gegenüber den Kämpfern für die nationale Erhebung.“

Es wird daher erneut angeordnet, daß bei allen Behörden und Betrieben aller Art des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in erster Linie für die Unterbringung der Bewerber zu sorgen ist, die sich vor dem 30. Januar 1933 im Kampf um die nationale Erhebung verdient gemacht haben. Dabei ist, soweit nur irgend möglich, vorzugsweise die Unterbringung in eine Dauerstelle zu erstreben.

Ferner sind bei Vergabungen von Aufträgen in erster Linie solche Unternehmer zu berücksichtigen, die in angemessener Zahl Kämpfer für die nationale Erhebung eingestellt haben oder die Gewähr dafür bieten, daß sie eine solche als Auftragsbedingung vorsehende Einstellung auch durchführen. In jedem Fall ist die Vermittlung des Arbeitsamtes in Anspruch zu nehmen.

Die Bestimmungen zugunsten der Schwerkriegsbeschädigten und Inhaber von Versorgungsstellen sowie die sonst für die Beschäftigung von Beamtenstellen geltenden Vorschriften bleiben unberührt.

Den staatlichen Aufsichtsbehörden wird die strenge Überwachung der Durchführung dieser Verordnung zur Pflicht gemacht.

## Der Arbeitsvorrat in Sachsen

Zwei Millionen Tagewerke

Eine im Landesarbeitsamt Sachsen bearbeitete Uebersicht gibt Aufschluß über die Arbeitslosigkeit in den einzelnen sächsischen Arbeitsamtsbezirken. Abgesehen von dem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit als Auswirkung der erfolgreichen Arbeitsschlacht ist daraus zu ersehen, daß die Bezirke, in denen Landwirtschaft vorherrscht, den niedrigen Erwerbslosenstand aufweisen; so

entfallen beispielsweise bei einem Landesdurchschnitt von 59,3 Arbeitslosen auf 1000 Einwohner in den Arbeitsamtsbezirken Grimma nur 13, Riesa 15,9 und Borna 21,6 Arbeitslose. Die entsprechenden Zahlen betragen für die zum Teil ebenfalls vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirke Dippoldiswalde 29,2, Zwickau 31,3, Riesa 32,3, Reichenbach 34,7, Döbeln 37,1, Böbau 37,4 Thalheim, 37,7, Döbmitz 38,2, Crimmitschau 41,2, Meißen 42, Lugau 42,6, Wurzen 45,7, Glauchau 49,5, Freital 49,6, Freya 50,9, Olbernhau 53,2, Freiberg 53,5, Auerbach 53,7, Aue 53,9, Neugersdorf 55,1, Annaberg 55,8, Bauhen 56,9, Burgstädt 57,3 und Mittweida 58,2. Ueber dem Landesdurchschnitt lagen am Stichtag der Bezirk Döbnitz mit 64 sowie die großen Arbeitsamtsbezirke Dresden mit 70,7, Pirna mit 71,9 und Leipzig mit 74,2. Am schwersten haben noch unter der Arbeitslosigkeit zu leiden die Bezirke Chemnitz mit 78,2, Zittau mit 78,4, Sebnitz mit 82,7 und Plauen mit 88,7 Arbeitslosen auf 1000 Einwohner.

Hinsichtlich der Beschäftigung von Rotstandsarbeitern standen am 31. Oktober die Bezirke Leipzig mit 2026 und Dresden mit 1542 Rotstandsarbeitern an der Spitze; es liefen zu dieser Zeit in Sachsen 542 Maßnahmen mit insgesamt 16 954 Rotstandsarbeitern.

Der Arbeitsvorrat, der in sämtlichen sächsischen Arbeitsamtsbezirken auf Grund der Anerkennung der von Gemeinden usw. beantragten Arbeitsmaßnahmen durch das Reich am 31. Oktober vorhanden war, belief sich auf 1 995 784 Tagewerke;

das bedeutet Arbeit für über 6600 Volksgenossen für ein ganzes Jahr;

u. a. sind vorgesehen in den Arbeitsamtsbezirken Dresden 209 158, Leipzig 208 639, Aue 124 059, Zwickau 116 988, Borna 110 550 und Chemnitz 100 150 Tagewerke.

Die Ergebnisse der Berechnung der Arbeitsämter über den Stand der Arbeitslosigkeit wird durch die Zählung der Krankentassen vollumfänglich bestätigt. Die Erfolge der Arbeitsschlacht sprechen am deutlichsten aus der Zahl derer, die seit dem 31. Januar 1933, also seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus wieder in Arbeit und Brot gekommen sind; und das waren am 31. Oktober 1934 in Sachsen von insgesamt 718 586 einst arbeitslosen Volksgenossen 409 221.

Es ist also gelungen, die Kiezenzahl von 718 586 um weit über die Hälfte herabzusetzen, so darf man gewiß sein, daß durch die unermüdbaren Anstrengungen der nationalsozialistischen Staatsführung auch dem letzten erwerbslosen Volksgenossen ein Arbeitsplatz wird verschafft werden können.

Deutscher Wille,  
Deutsche Pflicht,  
Deutsches Opfer:



Eintopf-gewinn!



# Neuregelung der Preisüberwachung

## Zusammenarbeit mit den Stellen der Partei.

Berlin, 20. November. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat unter Aushebung der Abänderung aller bisher getroffenen Bestimmungen über die Übertragung von Aufgaben und Befugnissen des Reichskommissars für Preisüberwachung bestimmt,

daß Preise, Preisspannen oder Zuschläge aller Art in Zukunft nur noch durch den Reichskommissar für Preisüberwachung festgesetzt werden. Allen anderen Stellen wird jegliche Preisfestsetzung verboten.

### Die Regelung in den Ländern.

Soweit Preise nur begrenzte räumliche Auswirkungen haben, kann die Festsetzung im Einverständnis mit dem Reichskommissar auch durch die obersten Landesbehörden, in Preußen durch die Oberpräsidenten, in Berlin durch den Staatskommissar erfolgen. Die Preisüberwachung wird in Preußen von den Regierungspräsidenten (in Berlin vom Polizeipräsidenten),

in Sachsen von den Kreishauptleuten,

sonst von den obersten Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen der allgemeinen Landesverwaltung durchgeführt.

Die Befugnis zur Schließung von Betrieben wegen Zuwiderhandlungen oder aus sonstigen wichtigen Gründen steht auch den Regierungspräsidenten zu; selbstverständlich hat sich der Reichskommissar diese Befugnis auch selbst vorbehalten.

### Ordnungsstrafen bis zu 1000 RM.

Im übrigen sind künftig auch Ordnungsstrafen gegen Unternehmungen, in deren Geschäftsbetrieb eine Zuwiderhandlung gegen die allgemeinen Vorschriften begangen worden ist, oder gegen die schuldigen Personen bis zu 1000 RM für jeden Fall der Zuwiderhandlung vorgesehen.

Die Preisüberwachungsbehörden sind vom Reichskommissar gebeten worden, bei der Preisüberwachung mit den Gau- und Kreisleitern der NSDAP. Führung zu halten. In die Gau- und Kreisleiter hat der Reichskommissar die Bitte gerichtet, bestimmte Amtsleiter zu bezeichnen, deren Aufgabe es ist, die bei den Gau- und Kreisleitungen etwa eingehenden Beschwerden zu sammeln und nach Sichtung der nächsten zuständigen Überwachungsbehörde der allgemeinen Landesverwaltung zuzuleiten.

### Die Begründung.

Die durch den Erlass getroffenen Bestimmungen werden vom Reichskommissar für Preisüberwachung wie folgt begründet:

Die starke Zentralisierung ist erforderlich, um zunächst einmal die in den letzten Monaten aus dem Drange der Ereignisse heraus entwickelte starke Zersplitterung in der Preisüberwachung wieder zu beseitigen. Die Zersplitterung der Gesetzgebung und der Ausführung zu wirtschaftlichen Sondergebieten in sich und konnte zu unerwünschten wirtschaftswidrigen Warenbewegungen führen. Auch in der Preisüberwachung muß die Wirtschaftseinheit des Reiches gewährleistet bleiben.

### Keine Einzelaktionen.

Im Anschluß an seine Anordnung über die Zentralisierung der Preisfestsetzung hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die zuständigen Stellen angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß irgendwelche Einzelaktionen auf dem Gebiete der Preisfestsetzung nicht mehr stattfinden.

## Höchstpreise für Butter.

### Der Schlusstein in der Marktordnung.

Der Reichskommissar für die Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft hat eine Anordnung über die Festsetzung von Butterpreisen erlassen. Demnach gelten vom 21. November

an bei der Abgabe von 50 Kilogramm Butter seitens der Molkerei an Wiederverkäufer folgende Festpreise:

Deutsche Markenbutter	130 RM.
Deutsche feine Molkereibutter	127 RM.
Deutsche Molkereibutter	123 RM.
Deutsche Landbutter	118 RM.
Deutsche Rohbutter	110 RM.

Diese Preise gelten einschließlich Faß und Gebinde ab Versandstation des Erzeugers für alle vom 21. November ab am Empfangsort eintreffenden Sendungen. — Zu diesen Preisen sind

### Zuschläge zugelassen,

und zwar ein Zuschlag von höchstens 3 RM. als Frachtausgleich, ein weiterer von höchstens 5 RM. bei Lieferungen von Molkereien an Einzelhändler mit höchstens fünf Verkaufsstellen und schließlich ein weiterer von höchstens 5 RM. bei Lieferung von ausgepökelter Butter.

Für den Verkauf von nicht molkereimäßig hergestellter Butter gilt bei Abgabe an Wiederverkäufer ein Höchstpreis von 1,15 RM. und bei unmittelbarer Abgabe an den Verbraucher ein solcher von 1,35 RM. je Pfund.

### Die Höchstpreise für den Verbraucher.

Der Verbraucher wird für molkereimäßig hergestellte Butter höchstens folgende Preise zu zahlen haben:

und zwar für deutsche und gleichwertige Auslandsbutter. Soweit Verbraucherpreise bisher niedriger lagen, dürfen sie nach dieser Anordnung nicht erhöht werden.

Die Verletzung der Preisankordnungen ist unter hohe Strafe gestellt. (Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 100 000 Reichsmark.) — Anderweit erfolgte Preisfestsetzungen für Butter verlieren durch diese Anordnung ihre Wirksamkeit.

Hierzu wird noch mitgeteilt, daß die Regelung, nach der die bisherigen Verbraucherpreise, falls sie niedriger liegen, als die neuen Festpreise, nicht überschritten werden dürfen, auch für die nicht molkereimäßig hergestellte Butter gilt. Insgesamt bedeutet die neue Verordnung den Schlusstein in der Marktordnung auf dem Buttermarkt. Bisher waren die Preise für Butter im ganzen allerdings stabil, doch bestanden immer noch die Notierungskommissionen, deren Preisfestsetzungen als Richtlinien galten. Durch die Neuregelung wurden die Notierungskommissionen hinfällig.

Eine Ueberschreitung festgesetzter Preise ist, wie sich aus der Verordnung ergibt, unter keinen Umständen mehr zulässig. Es ist klar, daß ohne die Marktregelung die Preise für Butter jetzt zweifellos wesentlich höher liegen würden. Die jetzigen Preise bedeuten für den Verbraucher einen Ausgleich, der in der Zeit der Milchschwemme zwar höhere Butterpreise als sonst zu jener Zeit bezahlt hat, dafür aber jetzt die Butter zu einem niedrigeren Preis erhält, da durch die Marktregelung jedes Ansteigen der Butterpreise verhindert worden ist.

## Preisüberwachung für Textilwaren.

Der Reichswirtschaftsminister hat im Zuge der Preisüberwachung, die seit Einziehung des Reichskommissars für Preisüberwachung in engem Einvernehmen mit diesem durchgeführt wird, kürzlich an einem Tage gleichzeitig in einer Reihe von Großstädten die Preise für Textilwaren in einer großen Zahl von Einzelhandelsgeschäften nachprüfen lassen. Allein in Berlin wurden Untersuchungen in weit über hundert Einzelhandelsgeschäften vorgenommen. Soweit Verstöße festgestellt wurden, werden die Schuldigen schwere Strafen treffen

das sich die italienische und unsere Politik wie auch die ungarische gesetzt haben, die Erhaltung und Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen auch mit anderen Staaten nicht verhindert oder auch nur beeinträchtigt. So konnten wir in Rom in voller Uebereinstimmung neuerdings feststellen, daß die Gesamtheit der Verträge, die zwischen Italien, Ungarn und Oesterreich im Interesse gegenseitiger wirtschaftlicher und kultureller Ergänzungen abgeschlossen wurden, sich gegen keinen anderen Staat richten, also auch keinen anderen Staat ausschließen, sondern daß der Beitritt allen offen steht, die das Bedürfnis nach wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit haben.

Unser Aufenthalt in Rom gab uns Gelegenheit, weitere Maßnahmen zur Vertiefung unserer wirtschaftlichen Beziehungen, den weiteren Aufbau des Dreierpaktens in dieser Richtung vorzubereiten; darüber hinaus wurde auch die Möglichkeit einer engeren kulturellen Zusammenarbeit erreicht und zwar mit dem positiven Ergebnis, daß beiderseits Kulturinstitute in Rom und Wien errichtet werden. Deutschum und Latinität haben sich zu allen Zeiten in engster Verührung stets aufs wirksamste im Interesse der beiderseitigen nationalen Kulturen ergänzt und befruchtet. Wenn Oesterreich durch den Aufbau der kulturellen Beziehungen ein Wesentliches dazu beiträgt, um einem Stück deutscher Kultur und deutschen Geisteslebens einen Wirkungskreis zu eröffnen, so können wir mit Recht in dieser Tatsache einen wertvollen Schritt auf dem Wege der besonderen österreichischen Sendung erblicken.

## Die innerpolitische Krise in Japan.

Tokio, 21. November. Durch die Erklärung der japanischen Parteien, daß sie gegen das Kabinett Okada ein Misstrauensvotum einbringen würden, hat sich die Lage des japanischen Kabinetts außerordentlich verschlechtert. Der Vorsitzende des Geheimen Rates, Satohji, hat zu Donnerstag eine Sitzung des Geheimen Rates einberufen, die sich mit der innen- und außenpolitischen Lage des Reiches beschäftigen soll, ferner mit der Haltung der Parteien gegenüber dem Kabinett Okada und gegenüber den Militärführern, die besonders von den Parteien bekämpft werden. Die Zeitung „Kotomin“ behauptet, daß nach den bisherigen Besprechungen zwischen Ministerpräsident Okada, dem Kriegsminister Hayashi und dem Marineminister Ozuni der japanische Ministerpräsident den Parteien vorgeschlagen habe, wegen der gegenwärtigen außenpolitischen Verhandlungen das japanische Parlament bis Mitte Januar nächsten Jahres zu vertagen. Sollten die Parteien diesen Vorschlag nicht annehmen, so würde Ministerpräsident Okada dem Kaiser das Dekret zur Auflösung des Parlaments unterbreiten. In diesem Falle

würden Neuwahlen ausgeschrieben werden, die aber erst im nächsten Jahre stattfinden könnten. Die japanische Regierung werde sich in der Zwischenzeit mit der Reorganisation der japanischen Verfassung beschäftigen, die nach der Auffassung japanischer politischer Kreise verfaßt habe.

## „Petit Journal“ über die Stellung des Vatikans zur Saarabstimmung.

Paris, 20. November. Der Berichterstatter des „Petit Journal“ in Rom meldet zu den Verhandlungen, die Außenminister Laval vor seiner Abreise aus Paris mit dem Apostolischen Nuntius in Paris, Maglione, und dem französischen Botschafter beim Vatikan, Roux, hatte. Der Vatikan habe nach reichlicher Ueberlegung der französischen Regierung den Standpunkt zur Kenntnis gebracht, den er hinsichtlich der Saarabstimmung für den dortigen Grenzbezirk einzunehmen sich entschlossen habe. Die Saarbevölkerung würde von ihren Priestern wenn auch nicht förmliche Ratsschlüsse, so doch den Hinweis erhalten, daß die Saarabgabe für die Rückkehr nach Deutschland als „Ausdruck ihrer vollkommen wohlberechtigten (legitime) Ansicht“ angesehen werden würde.

## NS-Rundgebungen sind genehmigungspflichtig.

### Erlaß des Reichspropagandaleiters.

Berlin, 19. November. Der Reichspropagandaleiter der NSDAP. gibt bekannt: Im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers erlasse ich folgende Anordnungen:

Öffentliche Versammlungen und Rundgebungen der NSDAP, all ihrer Gliederungen und aller angeschlossenen Verbände bedürfen der Genehmigung des zuständigen Hoheitsträgers, der über ihre Durchführung im Einvernehmen mit dem jeweiligen Propagandaleiter entscheidet. Diese Veranstaltungen werden genehmigt:

1. Durch den zuständigen Ortsgruppenleiter, wenn die Bedeutung der Veranstaltung nicht über den Ortsgruppenbereich hinausgeht;

2. durch den Kreisleiter, wenn die Bedeutung der Veranstaltung über den Ortsgruppenbereich hinausgeht;

3. durch den Gauleiter, wenn die Veranstaltung eine allgemeine politische Bedeutung für das Gaugebiet besitzt.

Die schlagartige Veranstaltung von Versammlungen für ein Gebiet, das mehrere Gauen umfaßt, ist nur mit meiner Genehmigung zulässig.

(gez. Dr. Goebbels,  
Reichspropagandaleiter der NSDAP.)

## Die Wimpelführung bei Dienstreisen der Wehrmacht.

Berlin, 19. November. Laut Verfügung des Reichswehrministers führen Kraftfahrzeuge der Wehrmacht bei Dienstreisen folgende Hoheitszeichen:

Wenn sich oberste Wehrmachtsorgane, die eine Kommandoflagge bzw. ein Rangabzeichen führen, in dem Wagen befinden, auf der linken Seite des Fahrzeuges die Kommandoflagge bzw. das Rangabzeichen, auf der rechten Seite einen dreieckigen Wimpel mit eingewebtem Wehrmachts-Hoheitszeichen.

Wenn sich Offiziere und Beamte im Offiziersrang im Wagen befinden, nur den Wimpel, und zwar Heereskraftwagen einen feldgrauen Wimpel mit weissen Hoheitszeichen, Marinekraftwagen einen blauen Wimpel mit gelbem Hoheitszeichen.

Kraftwagen, die im Truppenverband an Heubergen beteiligt sind, führen kein Hoheitszeichen. — Angehörige der Wehrmacht, die einen eigenen Kraftwagen besitzen, dürfen an diesem den feldgrauen bzw. blauen Wimpel führen.

## „SS keine Versorgungsanstalt“.

Auf einer Sozialtagung der Hitlerjugend in Köln machte Obergebietsführer Artur Argmann bemerkenswerte Ausführungen über den Einsatz der Jugend im staatlichen Aufbau. Die SS, so erklärte Argmann, unterbreite sich wesentlich von Jugendbewegungen anderer Staaten dadurch, daß sie nicht aus Gründen staatspolitischer Rücksicht schafften, sondern aus der Freiwilligkeit der Jugend gebildet wurde. Diese Freiwilligkeit gibt ihr auch heute und in Zukunft das Gepräge. Wir müssen daher alle diejenigen enttäuschen, die glauben, Mitgliedschaft zur Hitler Jugend bringe materielle Vorteile. Die Hitler Jugend ist keine Versorgungsanstalt.

## Gas und Elektrizität müssen billiger werden.

### Wichtige Empfehlungen an die Gemeinden.

Die Ausschüsse für gemeindliche Versorgungsbetriebe und gemeindliche Verkehrsbetriebe haben in den letzten Tagen Sitzungen abgehalten, um zu den aktuellen Fragen der Energiewirtschaft und der Verkehrsbetriebe Stellung zu nehmen. Im Ausschluß für die Versorgungsbetriebe spielte auch die Frage der Tarifpolitik der gemeindlichen Versorgungsbetriebe eine große Rolle.

Der Deutsche Gemeindetag hat in dieser Frage wichtige Empfehlungen an die Gemeinden herausgegeben. Da die Gemeindebetriebe in erster Linie wirtschaftliche Einrichtungen seien, müßten sie sich der wirtschaftlichen Entwicklung einordnen, die das gesamte Versorgungswesen durchmacht. Das gelte auch für die modernisierte Tarifgestaltung in der Energiewirtschaft. Eine Erhöhung in überhöhten Tarifen wirke sich auf die Dauer zum Schaden des Betriebes und der Stadt aus. Bei den Maßnahmen zur Neugestaltung der Tarife für Elektrizität und Gas müsse immer ins Auge gefaßt werden, daß energiewerbende Tarife meist zu erkennbaren Abschätzungen führen und die damit verbundene Einnahmeverminderung auf die Dauer die vorübergehende Einbaue der Tarifsenkung weitwende.

## Leistungssteigerung der Verkehrsbetriebe

Auch für die gemeindliche Verkehrsbetriebe sind Richtlinien aufgestellt worden. Für die Frage der Tarifsetzung wird hier die größte Vorsicht empfohlen, da sonst die Gefahr schwerer Rückschläge bestehe. Vor allem müßten den Auswüchsen auf dem Gebiete der Fahrpreiserhöhung und der Sondertarife für einzelne Benutzergruppen entgegengebeugt werden. Zur Steigerung der Zahl der Fahrgäste wird den Gemeinden empfohlen, die Leistungssteigerung der Betriebe durch zweckmäßige Fahrplangehaltung, Erhöhung der Reisegeschwindigkeit, Verbesserung der Pünktlichkeit und der Fahrbequemlichkeit zu steigern. Bei der Beschaffung von Wagen sei auf eine möglichst zweckmäßige Ausstattung und Typisierung hinzuwirken.

## 532 740 Abstimmungsberechtigte an der Saar.

Genf, 21. November. Die Abstimmungskommission für das Saargebiet hat dem Völkerbundsekretariat einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit im September und Oktober zugehen lassen. Darin wird u. a. mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Personen am Stichtag des 2. September 532 740 betrug, von denen 55 794 außerhalb des Gebietes wohnen. Eingehend und mit deutlicher Kritik erörtert der Bericht die Masseneinsprüche, die von den beiden separatistischen Organisationen „Einheitsfront“ und „Arbeitsgemeinschaft“ gegen die Eintragungen in die Wählerliste erhoben worden sind. Außerdem wird erklärt, die Abstimmungskommission habe bei verschiedenen Gelegenheiten festgestellt, daß die örtlichen Behörden in ihrer Mehrzahl offenkundig Sympathien für die Deutsche Front hätten, daß ihre Arbeit in technischer Hinsicht aber nichtsfestoweniger korrekt und gewissenhaft gewesen sei. Es müsse auch festgestellt werden, daß dort, wo mehrfache Eintragungen derselben Personen vorgekommen seien, diese Personen selbst in vielen Fällen die Berichtigung der Listen verlangt hätten. Hinsichtlich des Ganges des Abstimmungsfeldzuges wird u. a. erwähnt, daß wiederholt der Wunsch an die Abstimmungskommission hergebracht worden sei, das Recht zum öffentlichen Auftreten in Wahlversammlungen auf die Abstimmungsberechtigten zu beschränken. Die Abstimmungskommission habe nicht geglaubt, diesem Wunsche entsprechen zu können, schon aus dem formalen Grunde, da nach den Bestimmungen der Abstimmungsordnung die Abstimmungsberechtigung jedes einzelnen erst am 17. Dezember endgültig feststehe. Auch habe die Kommission die Tatsache berücksichtigt, daß eine derartige Beschränkung die Redefreiheit zahlreicher Personen beeinträchtigen würde, die zwar nicht abstimmen, aber doch sehr wichtige Interessen an der Zukunft des Saargebietes hätten. In einem Ergänzungsbericht wird die bereits bekannte Auffassung über die zahlenmäßige Bedeutung und die Art der Erhebung der Einsprüche gegen die Abstimmungslisten mitgeteilt. Es geht daraus insbesondere hervor, daß von den über 46 000 Einsprüchen gegen die Eintragung von Stimmberechtigten nur 7200 begründet waren.

## Bundeskanzler Dr. Schuschnigg über seine Besprechungen in Rom.

Wien, 22. November. Nach seiner Ankunft in Wien gab Bundeskanzler Dr. Schuschnigg einem Vertreter der „Politischen Korrespondenz“ über seine Besprechungen in Rom folgende Erklärung ab:

Es ist selbstverständlich, daß die Gleichheit des Zieles,

# Die Presse ist kein Brüggelknabe.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Bresselhof der Reichsregierung, Staatssekretär Walter Funk, anlässlich des ersten Reichspressekongresses einen Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

Der nationalsozialistische Staat hat der deutschen Presse eine neue staatspolitische Aufgabe, eine neue Berufsethik und ein neues Standesrecht gegeben. Der autoritäre Staat verlangt von der Presse eine volle staatspolitische Verantwortung, der nationalsozialistische Staat gibt der Presse eine staatspolitische Organisation im Rahmen des von der nationalsozialistischen Führung geschaffenen nationalsozialistischen Aufbaues der Kulturbereife. Die berufständischen Organisationen münden in der Staatsführung.

Dieses gesunde System und dieser organische Aufbau werden völlig zerstört und zu genau entgegengesetzten, d. h. schädlichen Wirkungen geführt, wenn einzelne Behörden oder einzelne Berufsstände und Organisationen versuchen, eine eigene Pressepolitik zu führen. Die Einheit zwischen Partei und Presse ist dadurch gewährleistet, daß ein nationalsozialistischer Reichsminister und ein nationalsozialistischer Reichsminister die Pressepolitik bestimmen. Hier ist auch in der Praxis keine Gegenüberstellung und Schwierigkeit. Der Bresselhof der Partei und der Bresselhof der Reichsregierung arbeiten in vollem Einvernehmen, kollegial und reibungslos zusammen.

Anderes liegt die Dinge vielfach bei Behörden und Organisationen. Von diesen wird immer wieder versucht, eine eigene Pressepolitik zu treiben oder sich gar bestimmte Presseorgane dienstbar zu machen. Die Geschäftsordnung der Reichsministerien hat Vorkehrungen getroffen, daß jeder Minister mit der Presse und jede Veröffentlichung durch die Presse nur über die Pressestelle der Reichsregierung ge-

schieht, die dem Reichspropagandaministerium eingegliedert ist. Der Bresselhof der Reichsregierung ist gleichzeitig der Staatssekretär des Propagandaministeriums. Durch diese Regelung ist die Einheitlichkeit der Pressepolitik innerhalb der Reichsregierung voll gewahrt. Daneben aber gibt es eine Anzahl von Pressestellen bei Behörden und Organisationen, die ihre Existenzberechtigung dadurch nachzuweisen versuchen, daß sie die Zeitungen mit Erklärungen, Abhandlungen, mit Mitteilungen aller Art „beglücken“ und hierbei einen mehr oder minder gelinden Druck ausüben. Besonders schlimm liegen die Dinge, wenn zur Austragung persönlicher Differenzen oder Schwierigkeiten die Presse in Anspruch genommen wird. Das darf nicht sein! Die Presse ist kein Brüggelknabe! Und hierzu wird sie, wenn die gegenteilige Auffassung sich durchsetzt und der persönliche Widersacher gewinnt! Und wer die Presse kennt, weiß, was sie in dieser Beziehung leidet.

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird die deutsche Presse vor solchen, staats- und pressepolitisch gleich unerträglichen Einflüssen und Belastungen energisch schützen. Mit dem weiteren Ausbau der Landesstellen des Reichspropagandaministeriums wird die Einheitlichkeit der Pressepolitik immer mehr gewährleistet werden.

Die Presse ist keine Drehscheibe, aus der jeder nach Belieben sich die ihm genehmen Melodien herausquetschen kann, sondern ein überaus empfindliches und weitwärtiges Instrument oder Orchester, auf dem und mit dem nur diejenigen spielen dürfen, die es gelernt haben, und denen der Führer selbst den Bogen oder Taktstock in die Hand gegeben hat.

## „Faschisten planten Marsch auf Washington“

New York, 21. November. Die „Evening Post“ hat Berichte über einen angeblichen Putschplan veröffentlicht, die hier ungeheures Aufsehen erregt haben. Nach den Enthüllungen des genannten Blattes handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als einen Militärputsch, der zur Errichtung einer Diktatur in Washington führen sollte.

Den Berichten der Zeitung zufolge soll der Mitinhaber einer bekannten New Yorker Maffierfirma, Gerald MacGuire, im Auftrage einiger reicher Wallstreet-Banquiers an den früheren Oberbefehlshaber des Marinekorps, General Buttler, herangetreten sein und versucht haben, den General zur Übernahme der Leitung des Putsches zu veranlassen.

Buttler sollte nach dem Plan mit einem Heer von Kriegsveteranen nach Washington marschieren, die Regierung zum Rücktritt zwingen und eine faschistische Militärdiktatur errichten.

General Buttler hat die Pläne abgelehnt und sofort die zuständigen Behörden verständigt. Die Untersuchungskommission des Senats ist darauf bereits am Mittwoch zusammengetreten und hat sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt.

General Buttler hat in zweifelhafte Ausführungen über den Putschplan berichtet und dabei unter anderem erklärt, daß man ihm drei Millionen Dollar versprochen habe, falls er den Marsch auf Washington durchführen würde. Der stellvertretende Vorsitzende der Untersuchungskommission, Dickstein, kündigte an, daß in den weiteren Verhandlungen, die ab Montag öffentlich sein würden, noch viel bekanntere Namen als der Buttlers im Zusammenhang mit dem Putsch genannt werden würden. Gerald MacGuire bestreitet auf das energischste, an Buttler mit dem genannten Vorschlag herangetreten zu sein.

## Aus aller Welt.

Ein zweiter Schwarzfender an der Ostgrenze. In den letzten Tagen meldete sich mehrfach auf Belle Kanonas (Kowno, 1935 Meter) ein Sender gegen 19 Uhr, der sowohl im Remelgebiet als auch in Ostpreußen gehört werden konnte und folgenden Worttext sandte: „Hier ist der Sender Hunka-Punka. Da wir hier keinen einwandfreien Rundfunkempfang mehr haben, weil ein litauischer Schwarzfender im Remeler Hafen den Rundfunkempfang stört, senden wir jetzt auf der Kownauer Welle.“ Das ist jetzt der zweite Schwarzfender, der dank der anscheinend völlig regellosen litauischen Rundfunkverhältnisse an der Ostgrenze auftritt und mit unglücklicher Rücksichtslosigkeit sowohl Telegraphische als auch Langwellige in verschiedener Höhe während eines großen Teiles des Abends gesandt hat. Die litauischen Übertragungen, die vom Sender Kanonas ausgehen, waren in weitem Umkreis vollständig zerstört und unverständlich.

Undurchsichtige Gerüchte um Rintelen. Am Montag waren in Wien Gerüchte von einer Ueberführung Dr. Rintelens aus der Haft des Landesgerichts in ein Sanatorium in der Nähe von Wien verbreitet. Demgegenüber wird festgestellt, daß eine solche Ueberführung bisher nicht stattgefunden hat, und daß sich Dr. Rintelen augenblicklich noch in der Haft des Wiener Landesgerichts befindet.

Schwedischer Großgrundbesitzer ermordet. Eine schwere, von Wilderern verursachte Pluttag hat die schwedische Öffentlichkeit in große Aufregung versetzt. Einer der vermögendsten schwedischen Großgrundbesitzer, Graf Miks Wörner, wurde, als er seine Forsten auf seinem Gut Björksund in der schwedischen Provinz Södermanland, die in der letzten Zeit viel von Wilderern heimgeführt worden war, abschnitt, von zwei Wilderern, die er dabei stellte, mit der Waffe angegriffen. Einer derselben tötete den 63jährigen Grafen durch einen Schrotschuß. Die Schrotladung drang in den Hals und zerriss die Halsschlagader. Es gelang, die Täter festzunehmen und der Polizei zu übergeben. Das Geschlecht der schwedischen Grafen Wörner stammt aus Deutschland, und zwar aus der Mark Brandenburg. Die deutsche Linie dieses Geschlechtes ist jetzt erloschen. Ein Mitmeister Siegfried von Wörner hat im Stabe des Grafen Kurfürsten an der Schlacht bei Jena teilgenommen. Kleist hat diesen kurbrandenburgischen Offizier mit in seinem „Prinzen von Homburg“ verehrt.

Ein leichter Nachwind stahl sich frostig über die stillen Gewässer des südlichen Atlantik. Die schwachen Lichter von Laternen erschienen auf den Deck der „Doraine“, eine Notbeleuchtung wurde allmählich eingerichtet. Die Rettungsboote trochen langsam wieder an den Dampfer heran. Aus der heiseren Kehle Mister Wotts, des ersten Offiziers, erscholl der Befehl an sie, in nächster Nähe des Dampfers bis zum Morgen liegenzubleiben und das Ergebnis einer Nachprüfung des entstandenen Schadens abzuwarten. Augenblicklich bestünde keine Gefahr für das Schiff, aber erst bei Tageslicht könne die Frage, ob es noch schwimmfähig sei, endgültig geklärt werden.

Danach wurde die Stimme des Vorklertums, die bisher geschwiegen hatte, wieder vernnehmbar. Baron de Varenne war der erste, der ihr Ausdrud verlieh. Er sah in einem vollgepfropften Boot mit Radelby und einigen anderen seiner Bewunderer.

„Standards!“ rief er ein über das andere Mal. „Der Kapitän ist schon in Rio gewarnt worden und hat nichts getan bis zur letzten Minute. Natürlich war es dann zu spät. Ich habe mir geschworen, in Zukunft nur auf französischen Dampfern zu reisen, da herrscht Juch und Ordnung. Und die Riffelrüder werden nie festgestellt werden können. Zu viele der Passagiere sind umgekommen. Vielleicht sitzen die Kerle sogar irgendwo unter uns, und wir wissen es nicht. Ich weite, der Kapitän hat noch keinen Versuch gemacht, Hilfe herbeizurufen. Woju haben wir eine Radiostation an Bord? Es müßte schon längst ein Dampfer hier sein, aber der Mann ist vollkommen unfähig.“

Einer der Matrosen hatte, während Varenne sprach, ein Ruder aus den Dolken genommen und hob es drohend über Varennes Kopf.

„Wenn Sie nicht gleich die Klappe halten, so schläge ich Ihnen Ihren Kürbis entzwei!“ schrie er. „Nehmen Sie zurück, was Sie über den Kapitän gesagt haben, oder —“

Radelby erwachte bei diesen Worten aus dumpfem Brüten.

„Nehmen Sie's zurück, Herr Baron. Wenn er Sie verfehlt, was bei dieser Dunkelheit durchaus möglich ist, trifft er mich.“

(Fortsetzung folgt.)

einen ausgesprochen kommunistischen Charakter trugen. Nach zahlreichen Ansprachen, in denen die Kirche auf das heftigste angegriffen wurde, wurde eine große Anzahl von Heiligenbildern öffentlich verbrannt.

## Raubüberfall auf einen Juwelier.

Der Ueberfallene getötet. — Die Täter unerkannt entkommen.

Düsseldorf, 21. November. Der Inhaber des Uhren- und Goldwarengeschäfts Max Schlingemann wurde am Dienstagabend von zwei Verbrechern in seinem Laden überfallen und niedergeschossen.

Die Täter hatten vorher das Geschäft wiederholt aufgesucht und sich Uhren vorlegen lassen. Nachdem andere Käufer das Geschäft verlassen hatten, zogen die beiden Männer mit dem Ruf: „Hände hoch!“ ihre Revolver. Einer versuchte, die im Nebenzimmer befindliche Schwester des Ueberfallenen mit der Pistole in Schach zu halten. Inzwischen fielen im Laden die tödlichen Schüsse. Trotz Bedrohung drängte die Schwester des Ermordeten den Vandalen zur Seite, lief zur Tür und rief um Hilfe. Hierauf ergriffen die Verbrecher die Flucht. Sie wurden zwar verfolgt, es gelang ihnen aber, unerkannt zu entkommen.

## Wichtig für Saarabstimmungsbeachtliche, deren Eintragung in die Abstimmungslisten noch nicht feststeht.

Der Bund der Saarvereine teilt uns mit: Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Reklame gegen die Entscheidung eines Kreisbüros auf den amtlichen, von der Abstimmungskommission herausgegebenen weißen Formularen einzulegen sind. Diese müssen auf das sorgfältigste ausgefüllt werden. Der Abstimmungsbeachtliche läuft sonst Gefahr, daß der Rekurs wegen formeller Mängel verworfen wird. Wenn ein solches Formular nicht zugegangen ist, wende sich an den Vertrauensmann, die Ortsgruppe oder die Geschäftsstelle des Bundes der Saarvereine, Berlin SW. 11, Stresemannstr. 42. Die genannten Stellen sind auch bei der Ausfüllung der Formulare behilflich.

## Immigrant Kalbfleisch hegt in Schweden.

Stockholm, 21. November. Der schwedischen Kriminalpolizei fiel bei einer Razzia der aus Deutschland gelehrte Jude Hein Kalbfleisch in die Hände, der sich als besonders tüchtiger kommunistischer Agent entpuppte. Aus beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß sich Kalbfleisch im besonderen Auftrage der kommunistischen Internationalen seit einigen Wochen in Stockholm aufhält, um sich vollständig angemeldet zu haben. Es wurden bei Kalbfleisch genaue Anweisungen und Pläne für die Durchführung der sogenannten Roten Hilfsorganisation in ganz Schweden gefunden. Desgleichen befah er weitgehende Vollmachten in bezug auf die Organisation und Aufsicht der kommunistischen Partei in Schweden. Nach Ansicht der schwedischen Polizei hat Kalbfleisch durch seine kommunistische Propagandatätigkeit im Lande das Asylrecht ver-

## Schwere Eisenbahnanschläge in Mexiko.

Mexiko, 21. November. Am Dienstag, der im mexikanischen Lande als 24. Jahrestag der großen mexikanischen Revolution mit Kundgebungen und Feiern festlich begangen wurde, wurden zwei Eisenbahnanschläge verübt. Auf der Linie Veracruz—Mexiko-Stadt war im Tunnel Nr. 14 eine Strecke aufgerissen worden, so daß ein Güterzug entgleiste. Die elektrische Maschine des Zuges stürzte um und verzerkte die Gleise, so daß der Verkehr vollkommen unterbrochen ist. Auch der Bahntelegraph wurde durch den Anschlag zerstört.

Man vermutet, daß der Anschlag dem Personenzug Veracruz—Mexiko-Stadt gegolten hat. Gerücheweise werden, daß der Lokomotivführer des Güterzuges von den Anschlagtätern verbleibt und erschossen worden ist. Auf welcher Seite der Anschlag ausgegangen ist, ist noch unklar. Man nimmt aber an, daß es sich bei den Tätern um Anhänger des unterliegenden Präsidentschaftskandidaten handelt.

Der zweite Anschlag wurde auf der Straßenbahnlinie Veracruz verübt, wo unbekannte Täter zwei Brücken über die Luft sprengten. In Xuzila Gutierrez im Staate Oaxaca fanden am Dienstag Kundgebungen statt, die

## Der blinde Passagier

Roman von Deryg Barr  
(Nachdruck verboten.)

### Drittes Kapitel. Schiffbruch.

Die erste Bombe explodierte kurz nach acht Uhr abends. Der Navigationsraum und ein Teil der Kommandobrücke waren in die Luft. Darauf folgten drei weitere dröhnende Explosionen: eine zertrümmerte die Radiostation, die zweite setzte die Maschinenanlage außer Betrieb, und die dritte riß ein großes Loch am Deck über der Wasserlinie. Die Detonationen folgten in ganz kurzen Abständen, was bewies, daß die Bomben auf die gleiche Zeit eingestellt waren.

Alles in allem waren acht Höllenmaschinen an Bord der „Doraine“ ausgelegt worden. Vier davon konnten von dem in wilder Hast tätigen Schiffsbefehlshaber noch rechtzeitig entdeckt und unschädlich gemacht werden. Eine wurde an der Schwelle des Treppenhauses gefunden, und die Zeit, die man darauf verwendet hatte diesen zu durchsuchen, war verantwortllich für die geringe Sorgfalt, die den anderen Maschinen des Schiffes gewidmet worden wäre. Die drei anderen riebten im Leib des Schiffes. Daß man sie fand, kostete den Dampfer vor sicherem Untergang und brachte den verbrennerischen Anschlag zum Scheitern. Der Navigationsraum blieb unverfehrt.

Kapitän Mr. Wott und seine Leute noch eine Stunde zur Verfügung gehabt, so wäre vermutlich alles Unvermeidliches worden trotz der teufelischen Geschicklichkeit, mit der man die Bomben verstreut hatte.

Was sich über die Urheber des Attentats in der Folgezeit herausstellte, war herzlich wenig. Ein Matrose meldete, daß er zwei Männer über Bord springen gesehen habe; mehrere der Leute wollten zur selben Zeit ein leises Surren von Motoren unweit der „Doraine“ gehört haben. Die Annahme lag nahe, daß ein Motorboot der ringsum herrschenden Dunkelheit nahe an den Dampfer herangelommen war, um die Täter und ihre Waffen aufzunehmen und sie nach einem größeren Schiffe in der Nähe zu bringen.

Schon bei dem ersten obenbetäubenden Knall trat der Kapitän auf der „Doraine“ ein, die sich bei jedem wei-

teren noch steigerte. Die Decks waren bestreut mit Menschen, die von dem gewaltigen Ausbruch umgeworfen oder von Trümmern getroffen worden waren. Stühle von ihnen erhoben sich nie wieder. Wildes Schreien, Stöhnen, Gebete, in Todesangst gemurmelt, und Flüche erfüllten die kurzen Pausen zwischen den einzelnen Explosionen. Das große Schiff stampfte, rollte und wankte wie ein gequältes Tier. Aus seinem Leib drangen unheimliche Laute, das Splittern von Holz, das Bersten von Stahl, das Klirren von Glas und alles überhörend, das wühlende Wischen entweichenden Dampfes.

Auf das wilde Chaos folgte mit erschreckender Schnelligkeit die lähmende Reaktion der Verzweiflung, bis sich endlich der niederlagende Mut der Menschen durchrang, die insolge ihres Berufes von früh auf gewohnt sind, dem Tode zur See ins Auge zu schauen. Heisere Befehle zerrissen das hysterische Stimmengewühl der Passagiere, und kräftige Gestalten sprangen an die ihnen für den Fall der Gefahr zugewiesenen Posten. Ein Rettungsboot nach dem andern, beladen mit menschlicher Fracht, verließ die nachdunkelnde Decks.

Sie kreuzten um den Dampfer herum, auf der Suche nach den in der ersten Verzweiflung über Bord gesprungenen Passagieren. Einige davon konnten geborgen werden, aber die meisten dieser Unseligen wurden nicht wieder gesehen.

Kein Boot war ohne Verwundete, fast keins ohne einen Toten. Die Überlebenden darin starren hilflos auf die weite Wasserfläche und auf den Dampfer, für dessen Errettung sie Gebete zum Himmel schlochten, auf die Rauchwolken, die aus ihm hervorquollen, und auf die dunklen Gestalten, die auf dem Deck hin- und herhüpfen. Ein Bild der Vernichtung, das kaum noch Hoffnung aufkommen ließ.

Feuer war ziemlich gleichzeitig an mehreren Stellen auf der „Doraine“ ausgebrochen. Unverzagt tauchten jedoch die zurückgebliebenen Mannschaften, jeder ein Held, in die Eingeweide des Schiffes, um mit allen Mitteln, die zur Verfügung standen, die Flammen zu bekämpfen.

Etwas eine halbe Stunde lang brachen die lodernden Glut aus den Luteln hervor, dann erloschen sie. Als alles auf der „Doraine“ wieder dunkel geworden war, leiteten Männer mit blutunterlaufenen Augen leuchtend aus dem Schiffsinnern empor und warfen sich erschöpft auf die Decks. Sie hatten gesiegt! Die Feuerbrunst, noch in ihrem Entstehen angegriffen, war unterdrückt worden.



## Tischgemeinschaft!

Das deutsche Volk ist eine geschlossene Schicksalsgemeinschaft. Jeder Volksgenosse hat der großen Gemeinschaft Rechnung zu tragen. Der Hunger ist der schlimmste Feind. Ihn gilt es zu bekämpfen. Die gesamte Nation muß helfen. Jeder fügt sich ein in die Tischgemeinschaft der Nation und ist am kommenden Sonntag ein Eintopfgesicht.

Der Gaubeauftragte des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes 1934/35.

## Vorbegende Unfallverhütung

durch die Sächsische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft  
Von der Sächsischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird uns geschrieben:

Die Deutsche Arbeitsopferversorgung im Sozialamt der DAZ hat die „Lebensabendgestaltung für die Opfer der Arbeit“ mit dem Ziel ins Leben gerufen, den Lebensabend der Arbeitsopfer nach Kräften zu verschönern. Auch die Sächsische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft steht, wenn auch in einem durch die gesetzlichen Vorschriften der Reichs-Unfallversicherung beschränkterem Maß, bei dieser Betreuungsarbeit den Arbeitsopfern mit helfender Hand zur Seite; sie versucht, den Arbeitsopfern den Erwerbsschaden durch eine Rente auszugleichen und durch ein wohlgeordnetes Heilverfahren den Unfallverletzten baldmöglichst in den Arbeitsprozess wieder zurückzuführen.

Ihre vornehmliche Aufgabe aber sieht sie darin, eine tatsächliche und psychologische vorbeugende Unfallverhütung durch Betriebsrevisionen nach festen Unfallverhütungsvorschriften und durch eindringliche Belehrung der in der Landwirtschaft Beschäftigten zu betreiben; sie bittet deshalb immer wieder eindringlich darum, daß Betriebsführer und Befolgenschaft ständig auf die Betriebsgefahren aufmerksam zu machen und die Unfallverhütungsvorschriften streng zu beachten sind. Nur dann sieht zu hoffen, daß Unfälle nach Möglichkeit vermieden werden. Die Berufsgenossenschaft hat auch durch ein über das ganze Land ausgedehntes Netz von ausgebildeten Betriebsleitern Sorge getragen, daß eine sachgemäße erste Hilfe gewährleistet ist. Den Unfallverletzten ist durch diese Hilfeleistung Gelegenheit gegeben, unverzüglich die Folgen schwererer Schäden, die durch eigene unachtsame Behandlung entstehen können, zu verhüten.

Erreicht die Berufsgenossenschaft diese tätige Mitarbeit der Arbeitsopfer und der anderen Volksgenossen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, so wird sie damit eine Verringerung der Zahl der Arbeitsopfer und damit der Schäden erzielen; darin sieht sie ihre vornehmliche soziale Pflicht.

## Zum Totensonntag

moderne Binderei, sowie Wachsblumen  
empfehle in großer Auswahl  
Gärtnerei Hermann Rauh, Lomitzerstraße.  
Besichtigen Sie bitte meinen Schaukasten!

Sämtliche  
**Rundfunk - Zeitungen**  
liefern zu Originalpreisen  
Buchhandlung Herm. Rühle.

## Handarbeiten

zur Verschönerung Ihres Heims  
Strumpf- und Pullover-Wollen  
Stickmaterial, Häkelseiden etc.  
empfiehlt in grosser Auswahl  
Handarbeitsgeschäft W. Fuchs  
Ottendorf-Okrilla.

## Liederhefte

## Deutsche Kirchenlieder

Zur Erneuerung des Gemeinde-Gesanges  
wieder eingetroffen! Preis 10 Pf.

Buchhandlung Herm. Rühle.

## Zum Totensonntag!

Empfehle in großer Auswahl  
**Kranzblumen**  
Kranze, Kränze, Herzen  
einfache bis feinste Aus-  
führung zu billigen Preisen.  
Grafe's Blumenhalle  
am Kirchhof.

## Gänsefedern!

Beste Sorte  
frische, vollbaum, und weiß  
zum Schleifen  
können in Lausa abge-  
holt werden. Gänsevogel.  
Lest die Heimatzeitung.

## Einheitliche Preisregelung

Preisfestsetzungen durch den Reichskommissar Goerdeler.  
Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat unter Aufhebung oder Abänderung aller bisher getroffenen abweichenden Bestimmungen über die Übertragung von Aufgaben und Befugnissen des Reichskommissars für Preisüberwachung bestimmt, daß Preise, Preisspannen oder Zuschläge aller Art in Zukunft nur noch durch den Reichskommissar für Preisüberwachung festgesetzt werden. Allen anderen Stellen wird jegliche Preisfestsetzung verboten.

Soweit Preise nur begrenzte räumliche Auswirkungen haben, kann die Festsetzung im Einverständnis mit dem Reichskommissar auch durch die obersten Landesbehörden, in Preußen durch die Oberpräsidenten, in Berlin durch den Staatskommissar erfolgen.

Die Preisüberwachung wird in Preußen von den Regierungsbehörden (in Berlin vom Polizeipräsidenten), in Sachsen von den Kreishauptleuten, sonst von den obersten Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen der allgemeinen Landesverwaltung durchgeführt. Die Befugnisse zur Schließung von Betrieben wegen Zuwiderhandlungen oder aus sonstigen wichtigen Gründen steht auch den Regierungspräsidenten zu; selbstverständlich hat sich der Reichskommissar diese Befugnisse auch selbst vorbehalten.

Im übrigen sind künftig auch Ordnungsstrafen gegen Unternehmungen, in deren Geschäftsbetrieb eine Zuwiderhandlung gegen die allgemeinen Vorschriften begangen worden ist, oder gegen die schuldigen Personen bis zu 1000 RM für jeden Fall der Zuwiderhandlung vorgesehen.

## Zusammenarbeit mit der Partei

Die Preisüberwachungsbehörden sind vom Reichskommissar gebeten worden, bei der Preisüberwachung mit den Gau- und Kreisleitern der NSDAP. Fühlung zu halten.

An die Gau- und Kreisleiter hat der Reichskommissar die Bitte gerichtet, bestimmte Amtsleiter zu bezeichnen, deren Aufgabe es ist, die bei den Gau- und Kreisleitungen etwa eingehenden Beschwerden zu sammeln und nach Sichtung der nächsten zuständigen Überwachungsbehörde der allgemeinen Landesverwaltung zuzuleiten.

Folgende Gebiete sind zur Preisüberwachung zusammengefaßt: Lippe-Deimold und Provinz Westfalen, Schaumburg-Lippe und Provinz Hannover; Kreis Birkfeld (Oldenburg) und Rheinprovinz; Altona, Wandsbek, Harburg-Wilhelmsburg und Hamburg.

Weitere Veränderungen der Gebietszuständigkeiten hat sich der Reichskommissar vorbehalten.

In der Begründung der vorstehenden Maßnahmen wird u. a. ausgeführt: Die starke Zentralisierung ist erforderlich, um zunächst einmal die in den letzten Monaten aus dem Drange der Ereignisse heraus entwickelte starke Zersplitterung in der Preisüberwachung wieder zu beseitigen. Diese Zersplitterung trug die Gefahr der Entwicklung zu wirtschaftlichen Sondergebieten in sich und konnte zu unerwünschten wirtschaftswidrigen Warenbewegungen führen. Auch in der Preisüberwachung muß die Wirtschaftseinheit des Reiches gewährleistet bleiben.

Die Einrichtung von Sammelstellen für die bei den Parteistellen eingehenden Beschwerden entspricht einem bereits in einem Gau bewährten Verfahren.

## Keine Einzelaktionen

Im Anschluß an seine Anordnung über die Zentralisierung der Preisfestsetzung hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die zuständigen Stellen angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß irgendwelche Einzelaktionen auf dem Gebiet der Preisfestsetzung nicht mehr stattfinden.

## Konferenz der Kirchenführer am Freitag

Braunschweigischer Landesbischof.

Eine Konferenz der evangelischen Landeskirchenführer findet Freitag, den 23. November, am Sitz der Reichskirchenregierung in Berlin statt. U. a. wird dabei der Fragenbereich erörtert werden, der sich mit der Bildung eines Geistlichen Ministeriums befaßt.

Die Tagung des Kirchenrats der Altpreußischen Union ist nunmehr endgültig auf Sonnabend, den 24. November, festgesetzt worden.

Der braunschweigische Landeskirchentag hat den Antrag der Kirchenregierung, den bisherigen kommissarischen Kirchenführer Dr. Johnson zum Landesbischof zu wählen, einstimmig angenommen. Da die kirchliche Lage es erfordert, daß der Landesbischof wichtige Entscheidungen treffen könne, ohne vorher die Stellungnahme des Landeskirchentages einholen zu müssen, übertrug der Landeskirchentag auf Antrag des Landesbischofs dem Landesbischof die Befugnisse auf den Landesbischof.

## Über eine halbe Million Abstimmungsberechtigigte an der Saar

Anerkennung der deutschen Christlichkeit  
Die Abstimmungskommission für das Saargebiet ließ dem Völkerverbandssekretariat einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit im September und Oktober zugehen; darin wird u. a. mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Personen am Stichtag, 26. September, 532 740 betrug, von denen 55 794 außerhalb des Gebietes wohnen.

Eingehend und mit deutlicher Kritik erörtert der Bericht die Masseneinprüche, die von den beiden separatistischen Organisationen „Einheitsfront“ und „Arbeitsgemeinschaft“ gegen die Eintragungen in die Wählerliste erhoben worden sind. Außerdem wird erklärt, die Abstimmungskommission habe bei verschiedenen Gelegenheiten festgestellt können, daß die örtlichen Behörden in ihrer Mehrzahl offensichtlich Sympathien für die Deutsche Front hätten, daß ihre Arbeit in technischer Hinsicht aber nichtsdestoweniger korrekt und gewissenhaft gewesen sei. Es müßte auch festgestellt werden, daß dort, wo mehrfache Eintragungen derselben Personen vorgekommen seien, diese Personen selbst in vielen Fällen die Richtigkeit der Listen verlangt hätten.

Hinsichtlich des Ganges des Abstimmungsstrebens wird u. a. erwähnt, daß wiederholt der Wunsch an die Abstimmungskommission herangetragen worden sei, das Recht zum öffentlichen Auftreten in Wahlveranstaltungen auf die Abstimmungsberechtigigten zu beschränken. Die Abstimmungskommission habe nicht geglaubt, diesem Wunsch entsprechen zu können, schon aus dem formalen Grunde, weil nach den

Bestimmungen der Abstimmungsordnung die Abstimmungs-berechtigung jedes einzelnen erst am 17. Dezember endgültig feststehe. Auch habe die Kommission die Tatsache berücksichtigt wollen, daß eine derartige Einschränkung die Rechte zahlreicher Personen beeinträchtigen würde, die zwar nicht abstimmen, aber doch sehr wichtige Interessen an der Zukunft des Saargebietes hätten.

In einem Ergänzungsbericht wird die bereits betannte Auffassung über die zahlenmäßige Bedeutung und die Art der Erledigung der Einsprüche gegen die Abstimmungslisten mitgeteilt. Es geht daraus insbesondere hervor, daß von den über 46 000 Einsprüchen gegen die Eintragung von Stimmberechtigten nur 7200 begründet waren.

## Politischer Mörder gefaßt

Am der ungarisch-tschechoslowakischen Grenze wurde ein zwanzigjähriger Landstreicher verhaftet, der im Verdacht steht, am 26. Mai den polnischen Innenminister Pieracki in Warschau ermordet zu haben. Die polnischen Behörden hatten damals einen Stadtbefehl gegen den Mörder erlassen. Auf Grund der Lichtbilder erkannte die Gendarmerie in dem Landstreicher den Warschauer Mörder und verhaftete ihn. Der Mann leugnete zunächst. Im Verhör gab er an, nur Augenzeuge des Mordes gewesen zu sein, mit dem Mord selbst aber nichts zu tun zu haben. Demgegenüber stellte die Gendarmerie fest, daß der Landstreicher unmittelbar nach der Ermordung die polnisch-tschechoslowakische Grenze überschritten und seitdem in der Slowakei gewirkt hatte.

## Todesurteile im „Paradies“

In Samarkant verurteilte das Sowjetgericht sieben Personen wegen nicht rechtmäßiger Einbringung der Baumwollkerne, wegen Sabotage und gegenrevolutionärer Bestrebungen zum Tode. Acht Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von einem bis zu fünf Jahren verurteilt.

## In einer Sandgrube erstickt

In einer Sandgrube bei Bethanes bei Verolles (Belgien) wurden fünf Arbeiter durch gewaltige Sandmengen vererdet. Die sofort in Angriff genommenen Bergungsarbeiten hatten keinen Erfolg; die fünf Arbeiter gelten als verloren.

## Eisenbahnunglück in Frankreich

In Mareil sur Maudre in der Nähe von Versailles sprang ein Güterzug, weil die Bremsvorrichtung der Lokomotive verlagerte, auf abschüssiger Strecke aus den Schienen und raste gegen die Pfeiler einer Ueberführung. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet.

## Mord aus Habluht

Am Duhtag wurde in der Nähe des Oberen Bahnhofes Wittgensdorf bei Chemnitz ein Mann tot aufgefunden, der offenbar einem Mord zum Opfer gefallen war. In dem Toten wurde der Heilpraktiker Oscar Heidevogel aus Chemnitz festgestellt. Der Mörder konnte bald festgenommen werden, und zwar der 34 Jahre alte Heilpraktiker Köhler. Der Heidevogel getötet hatte, um sich dessen besser bezahlte Stellung zu verschaffen. Köhler hatte Heidevogel am Dienstag aufgelauert und auf ihn zwei Schüsse abgegeben, von denen einer Heidevogel tödlich traf. Köhler ist geflohen.

Beweist eure sozialistische Haltung:  
Eßt Eintopf!

## Juwelier in seinem Geschäft erschossen

Düsseldorf, 22. November.

In Düsseldorf wurde der Inhaber des Uhren- und Goldwarengeschäfts Max Schlingermann von zwei Verbrechern in seinem Laden überfallen und erschossen. Die Täter hatten vorher das Geschäft wiederholt aufgesucht und sich Uhren vorlegen lassen. Nachdem andere Käufer das Geschäft verlassen hatten, rief sie mit dem Ruf: „Hände hoch!“ ihre Revolver. Die im Nebenraum befindliche Schwester des Ueberfallenen eilte herbei, bränzte, obwohl sie mit der Pistole bedroht wurde, einen der Banditen zur Seite, ließ zur Tür und rief um Hilfe. Hierauf ergriffen die Verbrecher die Flucht.

## Warnung an Genf

Scharfe Stellungnahme der Belgrader „Wreme“.

In einem Bericht aus Genf behandelt die halbamtliche „Wreme“ die südslawische Völkerverbandsfrage gegen Ungarn. Das Blatt wendet sich gegen alle Bestrebungen, den südslawischen Schritt vereiteln zu wollen. Dabei erhält auch der Völkerverbund selbst einige Warnungen von unerkennbarer Deutlichkeit. In Genf, so sagt die „Wreme“, werde ein rechter unterirdischer Kampf gegen Südslawien geführt. Es sei aber zu hoffen, daß er nur die kindlichen Gemüter täuschen könne. Südslawien habe nach dem Vorleiter Attentat Anspruch auf volle Benützung, die es nur durch Anknüpfung des Völkerverbundes oder durch Krieg erhalten könne. Südslawien habe den ersten Weg gewählt. Es werde nur für den Fall, daß er sich als erfolglos herausstellen sollte, nur für den Fall, daß er sich als erfolglos herausstellen sollte, Benützung auf andere Weise fordern. Der Völkerverbund werde vor die Entscheidung gestellt werden, entweder seine Aufgabe zu erfüllen oder das Gegenteil davon zu tun. Letzteres könne man jedoch keineswegs annehmen. Solange er die Pflicht habe, seinen Ruf zu wahren und sich wenigstens als schwerfällige bürokratische Einrichtung zu erhalten, die seinen Mitgliedern ohnehin sehr teuer zu stehen komme.

Die Großmächte und das Genfer Sekretariat müßten sich sehr ihre Haltung gut überlegen, denn es handele sich nicht nur um das Schicksal des Völkerverbundes, sondern auch um die Sicherheit der Staaten und damit um den europäischen Frieden.

Die „Politika“ schreibt nach außerordentlich scharfer Eingriffen gegen Ungarn u. a.: Durch wirkungslose Maßnahmen und durch notwendige Sanktionen müßten alle Hindernisse beseitigt werden, die einer normalen Entwicklung entgegenstehen, da andernfalls die Gewalttaten sich in solchen Massen häufen würden, daß sie den Frieden der Welt in Frage stellen.

## Außerordentliche Völkerverbandsversammlung

Stellungnahme zum Chaco-Konflikt.

Der tschechische Außenminister Beneš eröffnete in Genf die außerordentliche Vollversammlung des Völkerverbundes zur Behandlung des Chaco-Konfliktes einberufen worden ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Völkerverbandsversammlung der Opfer des Attentats in Marzelle. Dem Chaco-Konflikt wurde festgesetzt, daß alle bisherigen Verhandlungsmöglichkeiten zerschmettert sind.